

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 30. November 2011

2017. 2011/285

Weisung vom 13.07.2011:

Human Resources Management, Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger», Bericht und Antrag auf definitive Einführung

Antrag des Stadtrats

1. Von der Berichterstattung über das Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger» wird Kenntnis genommen.
2. Das Berufserfahrungsjahr wird mit Beginn 2012 definitiv eingeführt.
3. Die mit der definitiven Einführung verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 711 900.– für das Jahr 2012 und etwa 1,69 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Esther Straub (SP): *Arbeitslose Jugendliche sind für unsere Gesellschaft ein Armutszeugnis. Wenn die jungen Erwachsenen im Berufsleben nicht Fuss fassen können, steht damit unsere Zukunft auf dem Spiel. Gerade die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen reagiert sehr stark auf konjunkturelle Schwankungen und liegt deutlich über derjenigen der Erwachsenen. Daher besteht hier dringender Handlungsbedarf.*

Die Pilotphase des vorliegenden Projekts wurde 2008 aufgrund einer SP-Motion aus dem Jahr 2005 gestartet, die befristete Arbeitsplätze für stellenlose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Stadt gefordert hatte. Zu dieser Zeit hatte etwa ein Viertel der Betroffenen keine Anschlusslösung. Insgesamt stehen 30 befristete Jahresstellen zur Verfügung, damit die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger während eines Jahres Berufserfahrung sammeln können. Sie müssen sich für eine solche Stelle bewerben und nachweisen, dass sie trotz intensiver Suche bisher keine Anschlusslösung gefunden haben. Zudem wechseln sie für das sogenannte Berufserfahrungsjahr den Betrieb, da nicht einfach eine zeitliche Verlängerung der Lehrstelle angestrebt wird.

Die Nachfrage war in der Pilotphase so gross, dass nicht alle Bewerbungen berücksichtigt werden konnten. Denn häufig ist die fehlende Berufserfahrung das Killerkriterium für den Nicht-Erhalt einer Stelle. Die Arbeitslosigkeit wird durch das Programm nicht einfach um ein Jahr verzögert, sondern die Teilnehmenden werden begleitet und zwei Mal im

Jahr finden Standortgespräche statt. Fast die Hälfte der Teilnehmenden hat bis zum Ende des Jahres eine feste Anstellung gefunden. Ein weiterer Teil hat zudem eine andere Anschlusslösung gefunden. Weniger als 10 Prozent sind nach Abschluss dieses Berufserfahrungsjahres weiterhin auf Stellensuche. Das Programm ist eine eigentliche Erfolgsgeschichte.

Zwischen 2008 und 2011 konnten insgesamt 80 Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger von diesem Angebot profitieren. Die Pilotphase hat gezeigt, dass der Bedarf nach einem solchen Programm klar ausgewiesen ist. Daher liegt heute die Weisung zur definitiven Einführung vor. Obwohl die Arbeitslosenquote leicht gesunken ist, muss mit jährlich etwa 60 bis 80 arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern bei der Stadt gerechnet werden.

Da das Programm weiterhin zentral koordiniert und umgesetzt werden soll, können die bisherigen Netzwerke für die erfolgreiche Abwicklung genutzt werden. Mit der externen Rechnung besteht zudem Kostentransparenz gegenüber dem Gemeinderat. Aufgrund der jetzigen wirtschaftlichen Situation ist ein solches Projekt umso wichtiger. Aus den genannten Überlegungen unterstützt eine Mehrheit der Finanzkommission die Weisung und empfiehlt sie zur Annahme.

Urs Fehr (SVP) vertritt die Meinung der Kommissionsminderheit. Für ihn sei klar, dass die SVP eine solche Weisung ablehnen müsse. Zum einen wegen der Kosten, die für seine Partei zu hoch seien, und zum anderen aus Gründen der Eigenverantwortung, welche für ihn das wichtigste Argument sei.

Er habe das Gefühl, dass die Ratslinke die Eigenverantwortung völlig aus ihrem Wortschatz gestrichen habe. Für ihn beginne diese bereits in der Sekundarschule, wo man sich frühzeitig um eine Lehrstelle kümmern müsse. Das Gleiche gelte auch für die Lehrzeit, in der man sich bereits um eine Anschlusslösung nach der Lehre bemühen müsse. Es könne nicht sein, dass der Staat sich um alle Probleme und Schwierigkeiten kümmere und ein entsprechendes Auffangbecken bereitstelle. Daher bitte er die Ratsmitglieder das Thema der Eigenverantwortung zu hinterfragen und die Weisung abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Wiesmann (GLP): *Ich möchte bemerken, dass mit diesem Programm den Betroffenen nicht nur eine Anschlusslösung geboten wird, sondern dass die Stadt dadurch auch etwas zurückerhält. Schliesslich kann sie deren Know-how und Potenzial nutzen. Das investierte Geld schafft so einen Mehrwert und es handelt sich um eine Win-win-Situation, in der das sonst brachliegende Potenzial für ein weiteres Jahr ausgenützt werden kann. Gleichzeitig profitieren die Jugendlichen von einer zusätzlichen Berufserfahrung, die ihnen auf dem Arbeitsmarkt etwas für die Zukunft bringt. Aus diesen Überlegungen wird die GLP der Weisung zustimmen.*

Wortmeldungen zu den Änderungsanträgen 1 und 2:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP) begründet beide Änderungsanträge. Die FDP sei nicht grundsätzlich gegen das Berufserfahrungsjahr, aber sie betrachte die Pilotphase von

drei Jahren als ein wenig zu kurz, um sich darüber abschliessend ein Urteil über die Zahl der benötigten Stellen zu bilden. Sie erinnere daran, dass die Zahl der Stellen gleich geblieben sei, obwohl der Anteil der Jugendlichen ohne Anschlusslösung in dieser Zeit zugenommen habe.

Beim letzten Budget habe man die Stellen per August dieses Jahres gestrichen und die Zahl der stellensuchenden Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger habe abgenommen. Das bedeute, dass Angebot auch Nachfrage generiere. Das zeige für sie, dass vermehrt an die Eigenverantwortung der Lehrlinge appelliert werden könne und dass sie frühzeitig begleitet werden müssten, damit sie eine Anschlusslösung fänden.

Das Berufserfahrungsjahr solle lediglich als Notauffangnetz für diejenigen dienen, die auch nach langer und intensiver Suche immer noch nichts gefunden hätten. Zudem sei es die Aufgabe der Stadtverwaltung, die Lehrstellen so auszuwählen, dass die Lernenden nach der Lehre auch eine Anschlusslösung fänden. Die Lernenden müssten zudem frühzeitig sensibilisiert werden, dass sie eine Anschlusslösung suchen müssten. Eventuell müsse dafür die Betreuung der Lernenden intensiviert werden.

Sie habe generell den Eindruck, dass die Zukunftsplanung der Lernenden auf das Ende der Lehrzeit verschoben und dadurch die Schaffung dieser 30 Stellen überhaupt erst notwendig geworden sei. Dagegen wehre sie sich. Ihres Erachtens sollte die Pilotphase mit den 20 Stellen verlängert werden.

Dr. Esther Straub (SP): Die Arbeitslosenquote ist zwar in diesem und im letzten Jahr gesunken, was auf eine Erholung des Arbeitsmarktes hindeutet. Die Jugendarbeitslosigkeit reagiert aber relativ stark auf konjunkturelle Schwankungen. Daher wird sich das Problem der arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Stadt in Zukunft nicht von selber lösen.

Meines Erachtens sehen Sie die Zukunft etwas zu rosig. Zudem gibt es keinen Grund, die Pilotphase noch einmal künstlich zu verlängern, da die gestellten Fragen innerhalb des Zeitraums beantwortet werden konnten. Die Stadt bemüht sich zudem bereits heute, die Lernenden angemessen auf den Übergang 2 vorzubereiten. Auch müssen sich die Interessenten für eine solche Stelle bewerben und nachweisen, dass sie die entsprechende Motivation mitbringen und sich bisher vergeblich um andere Stellen beworben haben. Daher ist es wichtig, dieses Projekt weiterzuführen. Wir wollen nicht, dass die davon betroffenen jungen Erwachsenen beim RAV vorstellig werden müssen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) bemerkt, dass die Weisung doch sehr kostspielig sei und wiederkehrende Kosten von 1,69 Mio. Franken jährlich generiere. Betrachte man die Zahl der Gesuche vom letzten Jahr, mache das pro Person 40 000 Franken. Das sei doch ein bisschen viel. Daher appelliere auch er an die Eigenverantwortung der Betroffenen.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP) weist darauf hin, dass die effektiven Zahlen nicht grösser geworden seien, obwohl die Prozentzahlen gesunken seien. Erstaunlich sei zudem, dass 21 Prozent der Absolventen des Berufserfahrungsjahres nach einem weiteren Jahr immer noch auf Stellensuche gewesen seien. Das deute für sie darauf hin, dass diese Personen sich erst um eine Anschlusslösung bemühten, wenn die Zeit dafür eigentlich

4 / 5

bereits abgelaufen sei. Daher wolle sie die Zahl der Stellen nicht weiter ausbauen, sondern bei 20 belassen. Diese würde immerhin eine jährliche wiederkehrende Einsparung von 500 000 Franken bedeuten.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziffer 2:

2. Das Angebot wird weitere drei Jahre im Projektstatus belassen und der weitere Verlauf des Bedarfs und des Erfolgs wird nochmals beobachtet.

Mehrheit: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Daniel Meier (CVP), Nikolaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)
Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziffer 3:

3. Das Angebot umfasst 20 Stellen und kann weiterhin durch Teilpensen bei Bedarf auf mehr Stellensuchende aufgeteilt werden. Die damit verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 521 000.– für das Jahr 2012 und etwa 1,18 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre 2013-2014 werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

Mehrheit: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Daniel Meier (CVP), Nikolaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)
Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen zu.

5 / 5

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent
Abwesend:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Berichterstattung über das Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrgängerinnen und -abgänger» wird Kenntnis genommen.
2. Das Berufserfahrungsjahr wird mit Beginn 2012 definitiv eingeführt.
3. Die mit der definitiven Einführung verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 711 900.– für das Jahr 2012 und etwa 1,69 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat